

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.
eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlung und
Bürostellen-Anzeigen die
gesetzte Kolonel-Zelle
50.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Breh.
Druck von E. A. S. Meister & So., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech.-Anschluß 3002.

Kommt der Friede auf Erden?

In der fieberhaften Nacht des Grauens, die der Krieg über die Erde gebracht hat, sich der erste schwache Schimmer eines Lichts gezeigt. Die deutsche Regierung hat öffentlich mitgeteilt, daß sie zu Verhandlungen über die Herbeiführung eines Friedens bereit ist, und sie hat den gegen Deutschland kämpfenden Mächten den Vorschlag unterbreitet, als bald in solche Verhandlungen einzutreten. Diesen Vorschlag hat Deutschland gemacht im Einverständnis mit seinen Verbündeten.

In dem Augenblick, wo diese Zeilen in Druck gehen, ist noch nicht bekannt, wie der Vorschlag der Mittelmächte aufgenommen wird. Nach den bis jetzt bekannten geworbenen Auszügen aus der Tagespresse Englands und Frankreichs könnte man leicht zu der Auffassung kommen, daß Deutschlands Vorschlag dort eine glatte Ablehnung erfahren wird. Jedoch tut man gut, den Meinungsunterschieden aufgeregter Journalisten nicht allzu viel Gewicht beizumessen; zumal nach einem politischen Akt, der eine geistige Neuorientierung nötig macht.

Die deutsche Regierung hat öffentlich erklärt, daß sie zu solchen Verhandlungen ihre Vertreter mit Vorschlägen schicken wird, die „darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu fördern“, und die nach ihrer Überzeugung „eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens“ bilden. Diese Sätze zeichnen sich gewiß nicht durch Bestimmtheit und Klarheit aus, aber sie geben trocken oder gerade deswegen einer Regierung, die ernstlich den Frieden will, einen Grund, solche Verhandlungen abzulehnen. Und weil wir noch nicht allen Glauben an die Menschheit verloren haben, weil wir annehmen, daß keine Regierung verbrecherisch genug ist, diesen Krieg fortsetzen zu wollen, jede vielmehr nur glaubt, ihn weiterführen zu müssen — deshalb hoffen wir, daß der Vorschlag Deutschlands, wenn auch nicht eine glatte Annahme, so doch auch nicht eine glatte Abweisung erfahren wird. Die nächsten Tage werden ja lehren, ob diese Hoffnung begründet ist.

Fast könnte man daran verzweifeln, wenn man liest, wie sich der russische Minister des Neuen Potowofsky in der Duma zu dem Vorschlag der Mittelmächte geäußert hat. Er sagte dort unter anderem:

„Die russische Regierung weist den Gedanken, jetzt den Kampf zu unterbrechen, um dadurch Deutschland zu erlauben, die letzte Möglichkeit, die sich ihm bietet, Europa seiner Führung zu unterwerfen, auszunutzen, mit Enttäuschung ab. Alle unzähligen ersparten Opfer würden umsonst sein, wenn man mit dem Feinde, dessen Kräfte zwar geschwächt, aber nicht gebrochen sind, der unter dem Vorwand eines dauerhaften Friedens Aufschub sucht, einen vorzeitigen Frieden schließen würde. In diesem unerschütterlichen Entschluß befindet sich Russland in volliger Übereinstimmung mit allen tapferen Alliierten. Wir sind alle in gleicher Weise von der vitalen Notwendigkeit durchdrungen, den Krieg bis zum siegreichen Ende zu führen, wir werden uns von diesem Wege durch kein Manöver des Feindes abbringen lassen.“

In diesen Worten liegt nicht nur eine unverblümte Abneigung der von den Mittelmächten unterbreiteten Vorschläge durch Russland, sondern zugleich die Mitteilung, daß auch Russlands Ver-

bündete, also England, Frankreich usw., nicht verhandeln wollen. Trotz alledem geben wir die Hoffnung nicht auf, daß es in absehbarer Zeit und im Anschluß an das Angebot Deutschlands zu Verhandlungen kommen wird. Den Erklärungen des russischen Ministers stehen Neuheiten aus andern Ländern, namentlich aus Italien, gegenüber, die viel besonnener klingen. Es will uns auch nicht glaubhaft erscheinen, daß die gegen Deutschland Verbündeten sich ausgerechnet den neugeborenen Minister Russlands zu ihrem Sprachrohr erwählen sollten. Noch immer hoffen wir auf eine Erklärung, die wenigstens die grundsätzliche Bereitwilligkeit zu Verhandlungen ausspricht.

Mit der grundsätzlichen Bereitwilligkeit zu Verhandlungen ist freilich noch nicht die Gewähr gegeben, daß die streitenden Mächte nun auch tatsächlich zusammenkommen. Und wenn sie endlich zusammengelommen sind, so haben wir erst Verhandlungen über den Frieden, aber noch nicht den Frieden selbst. Diese Verhandlungen werden Wochen, wahrscheinlich Monate dauern, und während dieser Zeit wird der Zweifel die Völker peinigen, die Unwissenheit den Menschen den Schlaf rauben. Es ist noch nicht einmal gewiß, ob wenigstens das Morden da draußen durch einen Waffenstillstand vorläufig unterbrochen wird.

Also werden wir das Weihnachtsfest noch nicht als Fest des Friedens feiern können. Um den lichtergeschmückten Tannenbaum werden sich vielleicht endlich wieder froh hoffende Menschen versammeln, aber die erlösende Freude wird immer noch fehlen. Denn Verheissung ist noch nicht Erfüllung!

Noch immer tobts der Krieg! Noch immer, wenn auch tödlich und aus zahllosen Wunden blutend, stürmt die europäische Mannheit, gemischt mit „Wilden“ aus andern Erdteilen, gegeneinander an, schleudert Berge von Metall auf den verschafften Feind, macht Städte und Dörfer vom Erdboden gleich, mährt ganze Wälder ab, pflastert die Felder mit Erz und Eisen, zerreißt die fruchtbare Ebene in zerstörtes Land und häuft Gebirge von Leichen auf der verödeten Flur. Ihr Vernichtungswille gräbt heimliche, unterirdische Gänge, um den Gegner zu überraschen; er durchsucht die dunklen Tiefen der Ozeane und beherrscht den Spiegel der Meere; er schüttet frohschickend die Wunder der Schiffbaukunst auf den Grund bergestiegener Gewässer und rattert hoch in den Lüsten dahin, Kampf, Tod und Vernichtung bis in die Wolken tragend. Noch immer klingt die Weihnachtsverheissung „Friede auf Erden!“ wie eine Verhöhnung der ringenden, blutenden Menschheit.

Aber das Hoffen geht durch die Lande! Es gründet sich nicht auf die biblische Verheissung, die so oft schon bitter enttäuscht hat, sondern auf die ernste und ehrliche Willenserklärung der deutschen Regierung. Wenn die Regierungen in den gegen Deutschland kämpfenden Ländern nicht mit Blindheit geschlagen und allen Verantwortlichkeitsgefühls bar sind, müssen sie den Schritt Deutschlands begrüßen und zum Entgegenkommen bereit sein.

Dann kann der Lichthinter, der heute unsre Hoffnung weckt, zum Morgenrot des großen Friedens werden. Dann werden die Weihnachtsglocken wenigstens im nächsten Jahre einer im Frieden schaffenden Menschheit läuten.

Sonnenwende.

Dennoch und dennoch: wir heben das Angesicht
Auf zu der kommenden Sonne, dem kommenden Licht,
Wissen: die Helle, die hinter den Wolken blitzt,
Doch sie dem Dunkel die tödenden Pfeile spitzt.

Wissen dich lebend, du strahlende Hoffnung der Welt,
Die allem Dasein die lodrende Fackel hält.
Wissen dich nahend, urewige Zeugericin,
Du aller Winter und Nöte obsiegende Zeugericin.

Wissen dich schaffend an Pflanzen- und Menschenlos:
Freude und Brot und Frucht harren in deinem Schoß.
Alles, was atmet, du tränkt es mit goldenem Schein:
Flammende Macht, verdorre der Gegenwart Pein!

Ernst Prezang.

Ja, wir glauben an dich, wenn uns eisiger Sturm auch
umbaust,
Wenn der Winter die Seelen umklammert mit kalter Faust,
Wenn von blattlosen Zweigen trübduftiger Nebel tropft
Und an die Scheiben wildrauschende Schneeflut klopft.

Glauben an dich, wenn die Wolken hängen in tiefster Ecke
Und unser Tag in frostelnder Dämmerung verblaßt;
Wenn versunken der prangende Erde goldleuchtende
Pracht
Und unsre Stunden entwanden in licht- und sternarme
Nacht.

Ob mit gesuchter Stirn auch Frau Sorge grübelt und siest
Und unsern Herd mit quälendem Bangen umspint,
Ob um die Hütten schlecht lauernd die blutige Not
Und aus der Ferne uns drohend umglistert der Tod —

Die Gewerkschaften und das Hilfsdienstgesetz.

Eine nicht unbedeutliche Nebenfolge des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst ist die Zusammenführung der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen aller Richtungen. Noch nie zuvor ist es gelungen, eine so weitgehende Vereinigung der Vertreter aller Organisationsrichtungen zu erreichen, wie gegenüber diesem Gesetz. Schon bei den Verhandlungen über das Gesetz im Reichstag zeigte sich, daß die Wünsche und Forderungen der organisierten Arbeitnehmer nur wenig auseinandergingen. Dem vollendeten Gesetz gegenüber sind die Meinungsverschiedenheiten noch geringer. Allgemein wird anerkannt, daß es zwar eine erhebliche Beschränkung der persönlichen Freiheit der Arbeitnehmer bringt, zugleich jedoch auch recht weitreichende Garantien gegen den Missbrauch dieser Beschränkung. Fast allgemein ist auch die Auffassung, daß in dem Gesetz die noch unklaren Umriffe zu einem neuen Arbeiterrecht enthalten sind, und daß es eine der wichtigsten Aufgaben der Organisationen ist, diese Umriffe herauszuarbeiten, die unbestimmte Form mit einem bestimmten Inhalt zu füllen.

Aus solchen Gedankengängen heraus erklärt sich das einmütige Zusammenschließen der Arbeitnehmerorganisationen dem neuen Gesetz gegenüber, das mit einer gemeinsamen Tagung, die am 12. Dezember in Berlin stattfand, öffentlich eingeleitet wurde. Nicht weniger als 450 Vertreter der freien, 240 der christlichen, 66 der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, 4 Delegierte der polnischen Vereinigung, 50 Abgesandte der Kaufmännischen Verbände und 10 von technischen Angestelltenverbänden nahmen an der Versammlung teil, zu der — gewiß zum allerersten Male in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung — der Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich, in Begleitung mehrerer hoher Beamten des Reichsamts des Innern sowie des Chef des Kriegsamts, Generalleutnant Grönner, erschienen waren.

Genosse Legien, als Vorsitzender der Tagung, wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß eine solche Tagung in der Vergangenheit kaum möglich gewesen, in der Gegenwart aber ebenso notwendig wie erfreulich wäre. Er betonte, daß die organisierten Arbeiter aller Richtungen bereit seien, an der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes mitzuwirken, forderte aber auch, daß die Not des Volkes gemeinsam getragen werden müsse. Es sei vor allem notwendig, der Arbeiterschaft die nötige Mahnung einzuführen (Sehr richtig!) und diejenigen etwas schärfer anzufohlen, die den Geist der Zeit noch nicht verstehen, die aus Eigennutz und Eigentümlichkeit der arbeitenden Bevölkerung die notwendige Nahrung noch nicht zuführen und damit die Gesamtheit der Nation schädigen.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Dr. Helfferich, begrüßte den Kongress im Namen der Reichsleitung. Von dem Hilfsdienstgesetz sagte er, es sei „die Antwort der Heimat auf den Ruf der kämpfenden Truppen, die Antwort des deutschen Volkes auf den Vernichtungswillen unserer Gegner“. Er sagte weiter, die Reichsleitung sei, in Übereinstimmung mit der obersten Heeresleitung, überzeugt, daß der vaterländische Hilfsdienst nur dann das höchste Maß von Wirkung haben wird, wenn sie „die fröhliche Wirkung des deutschen Volkes in all seinen Schichten und Klassen“ gewinnt. Nicht der Zwang, nur die Freiheit der Pflichterfüllung könne das Höchste leisten und der Größe der Zeit Genüge tun. Deshalb habe die Regierung von vornherein die Arbeiterverbände zur Mitwirkung herangesogen. Er appellierte dann an die „Sachkenntnis und die praktische Erfahrung“ der Arbeiterorganisationen, die bei der notwendigen volkswirtschaftlichen Umgruppierung helfen können, um „die verfügbaren Kräfte zu sammeln und an die richtigen Arbeitsstellen zu leiten“. Nach Helfferich sprach der Chef des neu geschaffenen Kriegsamts, von Grönner. Auch er betonte die Bereitwilligkeit der Regierung, vor allem des Kriegsamts, mit den Arbeiterorganisationen zusammenzuarbeiten.

Dann erläuterte Genosse Bauer, der zweite Vorsitzende der Generalkommission, den Inhalt des neuen Gesetzes. Er gab anleitend der Ratschlag Ausdruck, daß das Gesetz ein Zwangsgebot für die Arbeiter sei. Dieser Zwang sei aber durch die Kriegsnotslage bedingt, er sei eine notwendige Kriegsmaßnahme, wobei auch nicht zu verkennen sei, daß auch die Unternehmer unter diesem Zwang zu leiden haben, und zwar insfern, als viele gestoßen werden, ihre Betriebe gänzlich zu schließen. Bauer hob dann insbesondere hervor, daß es dem Arbeiter auch unter dem neuen Gesetz möglich ist, seine Lohn und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Befürchtung, daß die Freiheitigkeit der Arbeiter durch das Gesetz völlig aufgehoben wird, sei nicht zutreffend. Die Freiheitigkeit sei jetzt schon in einigen Bezirken sehr beschränkt, so in Sachsen und in Bayern. Mit Inkrafttreten des Gesetzes aber sei zu erwarten, daß diese Sonderverordnungen, die in einigen Bezirken sehr zum Nachteil der Arbeiter bestehen, aufgehoben werden. Sehr wichtig sei ferner, daß das Gesetz mit der Zwangslage der reklamierten Arbeiter aufträume. Der Unternehmer könne dem Reklamierten, wenn er mit der Entlohnung nicht zufrieden sei, nicht mehr mit dem Schüren graben, um ihn so zu zwingen, für den niedrigen Lohn zu arbeiten. Selbst der Staat sei unter dem neuen Gesetz nicht durchaus aufgehort. Weigere sich der Unternehmer, ange-



melierte Löhne zu zahlen, so könnten die Arbeiter die Entscheidung der paritätisch zusammengesetzten Schlichtungskommission anrufen. Entscheidet diese zugunsten der Arbeiter, so können sie die Arbeit einstellen.

Bei der Durchführung des Gesetzes wird es also, um die Interessen der Arbeiter zu wahren, wesentlich davon abhängen, wie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre Vertretung zu den Schiedsinstanzen bestimmen. Den Gewerkschaften steht das Recht zu, für diese Schiedsinstanzen ihre Vertreter vorzuschlagen. Es dürfte keinen Zweifel unterliegen, daß diese Vorschläge auch vom Kriegsamt bestätigt werden. Eine Gewähr dafür, daß auch in der obersten Instanz die Rechte der Arbeiter gewahrt werden, bietet die Berufung des Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, M. Schlichte, als Vertreter der Arbeiter in das Kriegsarbeitsamt.

Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneter Wehrens, erläuterte die organisatorischen Maßnahmen zur Durchführung des Gesetzes. Hartmann von den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und Riemer von der Polnischen Berufsvereinigung sprachen sich ebenfalls für die Mitwirkung ihrer Gewerkschaftsmitglieder bei der Durchführung des Gesetzes aus. Ebenso die Vertreter der Kaufmännischen und technischen Angestellten.

In der Diskussion sprachen Vertreter aller Organisationen. Der Vorsitzende unsres Verbandes, Kollege Trehy, betonte die Wichtigkeit der chemischen Industrie für die Volkswirtschaft wie speziell für die Kriegsführung, und forderte ausreichenden Schutz der Arbeiterschaft, vor allem in der Sprengstoffindustrie. Er verwies auch auf die Sicherstellung des Koalitionsrechts, das bisher von den Unternehmern gerade in der chemischen Industrie großlich missachtet wurde. Am Schlusse der Ansprache nahm noch Genosse Schlichte, der, wie schon oben erwähnt, in das Kriegsamt eintritt, das Wort. Er erklärte, er könne jetzt getrost in das Kriegsamt eintreten, nachdem die Debatte ihm dies als seine Pflicht habe erscheinen lassen. Er hoffe, das Vertrauen der Gewerkschaften rechtfertigen zu können. Es kam dann folgende Resolution zur Abstimmung, die einstimmig angenommen wurde:

Die versammelten Vertreter von rund vier Millionen organisierten Arbeitern und Angestellten erklären, an der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes nach Kräften mitarbeiten zu wollen. Die durch die Organisationen der Arbeiter und Angestellten vertretenen Volksräte sind bereit, einig und geschlossen alle Kräfte in den Dienst unseres Landes zu stellen, damit die Verschärfungspläne der Gegner Deutschlands erfolglos bleiben. Von der Reichsregierung und dem Kriegsamt erwarten die Versammlungen weitergehende Förderung der bereits begonnenen Bemühungen der Arbeiter und Angestellten auf Erlangung besserer Lohn- und Lebensbedingungen sowie die Sicherung des Koalitionsrechts. Sie fordern eine schärfere Bekämpfung des Lebensmittelwunders und eine bessere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel, damit die arbeitende Bevölkerung die an sie gestellten Anforderungen erfüllen kann."

Die Ausländerfrage nach dem Kriege.

III.

Die Frage, ob die deutsche Arbeiterschaft den Ausländern gegenüber nach diesem Kriege noch allgemein dieselbe Stellung einnehmen kann wie vorher, wurde vor einiger Zeit im "Grundstein" in zahlreichen Zuschriften erörtert. Mehrfach wurde auf die üblichen Gefahrenungen verwiesen, die mit den Italienern im Baumgewerbe gemacht wurden. Auch über die Pole und über die jetzt zahlreich nach Deutschland einwandernden Schweizer wird gesagt. Einige Zuschriften fordern sehr drastische Maßnahmen gegen die Ausländer. Sofern die Ausländerdebatte einleitenden Aufsätze heißt, so am Schlusse:

Die deutschen Gewerkschaften müssen ihre seitliche Haltung in der Ausländerfrage von Grund auf ändern. Sie müssen einmal ihren Einfluss bei der Regierung geltend machen zur Errichtung von gezielten Maßnahmen, die die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte so regeln, daß den Einheimischen kein Schaden entsteht. Sofern müssen die Tarifverträge zur Lösung der schwierigen Frage herangezogen werden, indem in ihnen das selbstverständliche Recht der deutschen Arbeiterschaft auf Verbesserung bei Besetzung der Arbeitsplätze festgelegt wird. Und endlich müssen die deutschen Gewerkschaften dazu übergehen, der Ausländerfrage, aber neuer gezeigt - plange, ohne die heimatliche Sentimentalität gegenüberzutun. Wir wollen in Zukunft jeden Ausländer, der mit dem Verbandsbuch seiner heimatlichen Organisation zu uns kommt, wie bisher mit offenen Armen aufnehmen. Aber die unorganisierte Masse der Ausländer wollen wir als das betrachten, was sie in Wirklichkeit ist, als Gegner, denen wir überall und bei jeder Gelegenheit tatsächlich gegenübertreten wollen. Wir werden damit mit dem tun, was in andern Ländern in England, Frankreich und Amerika schon lange von den Gewerkschaften getan werden ist."

Andere Zuschriften rufen ab von jedem Strong und jeder Sicht und fordern Fortsetzung der bisherigen Maßnahmen.

Das Zentralorgan der italienischen Gewerkschaften war über die im "Grundstein" entgegengesetzten Ansichten und widergelegten Forderungen enttäuscht. Es meinte:

"... während die Franzosen, ob sie nun Zimmerarbeiter sind oder nicht, einstellig die Erhaltung einer gezielten Einschränkung der Arbeitstage und die Gleichstellung der neuen mit den einheimischen Arbeitern verlangen, fordern die Deutschen vom Staat den weitgehenden Schutz und stellen denen, die sich ihrer Ansichten nicht unterwerfen wollen, häufig Strafe in Aussicht. Es ist gut, daß dies für alle künftigen Unterhandlungen zu werden."

Die schwedische Gewerkschaftszeitung meinte, der Ruf nach gezielten Maßnahmen gegen die Einwanderung aus ausländischen Arbeitern sei national, einseitig und ungerecht; denn die Regierungen der anderen Länder würden mit den gleichen Maßnahmen auch gegen die Einwanderung von deutscher Arbeitern antreten. Die Maßnahmen würden so zweisinnige Elemente sein, die auch die bestreiten Arbeiter berühren würden. Der Aufsichtsrat vertrug sich auf, daß in den letzten Jahren vor dem Kriege die ausländischen Arbeiter reichlich Urtreue haben, mit den deutscher Arbeitern unterschieden zu sein; denn in allen Ländern erfreuen sie, so einheimische Arbeiter im Kampfe mit dem Unternehmer zu haben und sie an ihre Erfolge zu tragen. Somit waren die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Deutschland damit nicht einverstanden, ja sie hätten

sich schwer darunter; aber die Tatsache der organisierten deutschen Streikbrecherkolonnen in allen Ländern werde dadurch nicht bestreit.

Im "Avanti", dem Zentralorgan der italienischen Sozialisten, wurde im Anschluß an den "Grundstein"-Artikel eine längere Auseinandersetzung über die Stellung der Gewerkschaften zur Einwanderungsfrage geführt, in welcher der Chefredakteur dieses Blattes meinte, daß nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo nationalistische Stämme zu finden wären. Die auch in Deutschland bekannte Sozialistin Angelia Belebanoff schloß die Auseinandersetzung mit einer lebhaften Anklage gegen die deutschen Gewerkschaften. Sie erörte die Haltung des "Grundsteins" sinnentlich im gegenwärtigen Moment, wo der Krieg eine so mächtige Schranke zwischen den Arbeitern aller Länder aufgerichtet hat, besonders unverzeihlich. Die Haltung der französischen "Vataille" sei jedoch nicht wesentlich anders.

Im "Grundstein" hat später Genosse Winnig in zwei Artikeln seine Auffassung in der Einwanderungsfrage vorgelegt. Winnig fordert, daß die Frage nicht als Geschäftssache behandelt wird, sondern daß Tatsachen und Interessen auch hier bestimmen sollen. Vor dem Kriege habe man in Deutschland die ausländischen Arbeiter gebraucht, weil die einheimischen in Zeiten wirtschaftlicher Aufschwünge nicht ausreichten. Auch wurden sie deshalb gebraucht, weil der deutsche Arbeiter immer mehr zur Qualitätsarbeit drängt. Es ist zu erwarten, daß es auch nach dem Kriege so sein wird. Auch ist noch wie vor mit der Einwanderung italienischer Arbeiter zu rechnen. Der Krieg wird das Glück der italienischen Arbeiter nicht vermindern, sondern vermehren, und die ärmsten Proletarier Europas werden auf später gezwungen sein, alljährlich über die Alpen zu ziehen, um in der Schweiz, in Frankreich und Deutschland Arbeit und Brot zu suchen. Winnig führt dann weiter aus:

"Haben wir nun ein materielles Interesse daran, die Einwanderung fremder Arbeiter zu verhindern? Es gibt keine, die das unbedenkenlos bejaht. Aber so einfach liegen auch hier die Verhältnisse nicht. Bei Zuständen, wie sie vor dem Kriege in Deutschland herrschten, wo also eine größere Arbeitslosigkeit nicht bestand, lag kein spezielles Arbeiterinteresse vor, das die Einwanderung der Fremden gefordert hätte.

Aenders stehen die Dinge, wenn die Lage des Gewerbes kritisch wird, wenn Arbeitsmangel und Arbeitslosigkeit eintreten und einheimische Arbeitskräfte brach liegen, während die fremden in voller Beschäftigung stehen. Dann ist die Schädigung der eigenen Mitglieder offenbar, und dann kann keine Organisation dazu schreiben. Man kann nicht im Namen der Internationalität verlangen, daß sich die einheimischen Arbeiter das gefallen lassen. Eine solche Internationalität läßt sich in der Studienseite konstruieren, aber das Leben will nichts von ihr wissen. Wer darin hat das Leben sehr recht. Denn eine solche Internationalität wäre Selbstläuferung, und wer sie übt, wäre ein Narr, aber kein Klassenkämpfer. In solchen Fällen ist es selbstverständlich, daß die Gewerkschaften категорisch die Zurückholung der fremden Arbeiter verlangen, solange noch einheimische Arbeitskräfte beschäftigungslos sind. Das haben wir auch schon gehört, obwohl es auch dann nicht an Stimmen fehlt, die darin einen Verstoß gegen die internationale Solidarität erblicken wollen."

Dementsprechend müßte man abwarten, wie sich die Wirtschaftslage gestaltet. Wird sie trübe, etwa infolge der von den feindlichen Staaten erreichbaren Schwächung der deutschen Volkswirtschaft, müßten die deutschen Gewerkschaften sich gegen die Einwanderung ausländischer Arbeiter wenden, was auf dem Wege der Gesetzgebung oder im Verwaltungsweg erreicht werden könnte. Werden dagegen die Wirtschaftsverhältnisse die gleichen wie vor dem Kriege, dann fehlt jeder Anlaß, nach Repressalien gegen die ausländischen Arbeiter zu rufen. Haben wir sie hier, ist es unsere Aufgabe, sie zu organisieren, und bei dieser Arbeit sind wir auf die Pflicht der ausländischen Verbände angewiesen, die ein gleiches Interesse an der Sache haben. Der Artikel Winnigs schließt:

"So wollen wir unseren Internationalismus ausspielen. Zu siebzehnzigtausend Unschärmen der ausländischen Organisationen haben wir allerdings weder Anlage noch Urfafe. Aber dessen bedarf es auch nicht, um feste Bünde zwischen uns und den Arbeitern anderer Länder zu knüpfen. Wir können uns sehr wohl darauf beschränken, das zu tun, was uns unsere gewerkschaftlichen Interessen gebieten."

Das "Correspondenzblatt der Generalkommission" sagt zu den Ausführungen Winnigs, daß sie das klar aussprechen, worauf es ankommt, daß nämlich die Einwanderungsfrage nicht auf Grund irgendwelcher internationalistischer Studierstunden dogmatisiert, sondern ausschließlich vom Boden der Tatsachen aus zu beurteilen ist. Weiter schreibt das "Correspondenzblatt":

"Wir sind weit davon entfernt, Deutschland mit Spektakeln gegen ausländische Arbeiter umgeben zu wollen. Aber eine andre Frage ist, ob man die Theorie der internationalen Freiheitigkeit fehlt bis zur Bürgellostigkeit treiben will, wie es bei uns faktisch früher gescheit, oder ob es nicht richtiger ist, die Einwanderungsfrage einer gesetzlichen Regelung zu unterziehen. In Wirklichkeit anerkannte Kontrollarbeiter werden darüber nicht weiterdenken, weil es an deutschen Arbeitern manet, sie werden vielmehr ein gründliches Interesse des Vokabulars, der Verschärfung der einschlägigen Arbeitsverhältnisse engenommen. Die zentralen Tarifverträge verzögern das nicht genug, weil sie nicht alle Unternehmen der einzelnen Gewerke erfassen. Daneben haben wir Fabriken, die große Mengen ausländischer Arbeiter beschäftigen, aber noch keine Tarifverträge zu vereinbartem Maßstab anzubieten, wie etwa der Veroben, wo die ausländischen Arbeiter die Ausbildung der gewerkschaftlichen Organisation und damit die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse erleichtern und sogar die Unzulänglichkeit erhöhen. Alle diese Tatsachen zeigen die Dringlichkeit einer gesetzlichen Regelung der Einwanderungsfrage; sie ist nicht nur erordentlich wenn die Gesetz eine Sicherung der deutschen Volkswirtschaft durch den Krieg erfordert, so mag vielleicht ganz unabhängig von dieser Frage bestellt und erledigt werden."

Diese Ausführungen zeigen, daß der Krieg auch die Stellung der deutschen Gewerkschaften zur Frage der Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte beeinflußt hat. Darüber noch einiges in einem Schlußstück.

Das Haus der Industrie

Die Gummirindustrie in der Kriegszeit.

Die Gummirindustrie besitzt ihren hauptsächlichsten Rohstoff den Naturkautschuk, aus dem Auslande. Als nach Kriegsausbruch die Farne für Deutschland abgesperrt wurde, mußte damit gezeigt werden, daß diese Industrie über kurz oder lang zum Stillstand kommen würde.

Sie hat sich weit länger gehalten, als damals gehofft werden konnte. Einmal waren die Rottate sehr groß, vermutlich bei den führenden Unternehmungen. Dann wurden zunächst noch Gu-

fuhren über neutrale Nachbarländer möglich. Endlich lernte es die Industrie sehr bald, das vorhandene Rohmaterial in früher nicht geeigneter Weise zu "verarbeiten". Einmal wurden die selben schon üblichen Mittel in noch gehobenen Bruchteilen eingesetzt, dann aber wurde in erheblichen Mengen Abbaum gelangt und wieder als Rohstoff verwendet. Die Güte der Ware litt darunter allerdings sehr, jedoch wurde darauf unter dem Drange der Umstände wenig geschenkt. Gedankt galang die Aufrechterhaltung der Betriebe überauslang lange Zeit.

Der Bedarf an Gummirütteln wurde durch den Krieg nicht vermindert, sondern gesteigert. Heer und Marine brauchten ungeheure Mengen von Erzeugnissen der Gummirindustrie. Wichtigstes war der Bedarf an Reifen für Autos und Fahrräder. Auch für Ballonfüße, wasserdichte Kleidung und nicht zuletzt für Zwecke der Wundbehandlung und der Heilsflege wurden Erzeugnisse der Gummirindustrie in großen Mengen verbraucht. Um den Heeresbedarf sicherzustellen, wurde schon 1914 das Kautschuk beschlagnahmt und die Herstellung von Artikeln, zu denen Kautschuk, verwendet werden mußte, untersagt bzw. eingeschränkt. Da überdies auch der Rohstoff Benzol der Beschaffung und militärischen Kontrolle unterstellt wurde, war die Erzeugung sehr einseitig auf militärische Bedürfnisse zugeschnitten. Für den Absatz an private blieben nur die aus Kugelerzeugen hergestellten "Kriegsqualitäten". Das ist in sich eine Summe, an dessen Herstellung in einwandfreier Güte und zu einem erschwinglichen Preise schon seit Jahren gearbeitet wird, hat bisher noch alle Hoffnungen enttäuscht. Die Zufuhr von Kautschuk mittels Handelsunterseebooten ist bisher noch zu gering, um Einfluß ausüben zu können. Die Schwierigkeiten der Industrie werden also in der Kriegszeit kaum behoben werden können.

Die Arbeiterschaft litt in den ersten Kriegswochen unter den überstürzten Arbeitsbeschränkungen in einzelnen Betrieben. Allmählich besserten sich die Verhältnisse. Einige Betriebe wurden wieder aufgenommen bzw. erweitert, andre richteten sich auf Kriegszweck ein. Von den Arbeitern wurde ein erheblicher Teil eingezogen, ein anderer suchte und fand Arbeit in andern Industriezweigen. Von den Arbeiterinnen blieb ein größerer Bruchteil längere Zeit arbeitslos. Inzwischen ist der Arbeitsmarkt allgemein so umgestaltet worden, daß von einer Arbeitslosigkeit auch in der Gummirindustrie nicht gesprochen werden kann.

Die Rentabilität der Unternehmungen der Gummirindustrie hat in der Kriegszeit bisher nicht wesentlich gelitten. Von den 18 Aktiengesellschaften dieser Industrie haben nur 5 für 1915 weniger Dividende gezahlt als für 1913. Weitere 3 sind auf demselben Dividendenplatz geblieben und 10 haben ihre Dividende sogar noch steigern können. Die Gesamtsumme der ausgeschütteten Dividende ist trotzdem etwas gesunken. Jedoch nur deshalb, weil unter den Gesellschaften, die weniger ausgeschüttet haben, sich auch das größte Unternehmen der Branche, die "Continental" in Hannover, befindet, die ihre Dividende von 45 auf 30 Prozent und damit die Dividendensumme von 6,75 auf 4,50 Millionen Mark herabgesetzt. Folgende Zusammenstellung zeigt, daß die Gummirindustrie die Kriegszeit bisher gut überstanden hat.

	1913	1914	1915
	in 1000 Mark		
das Aktienkapital	52 570	52 570	52 570
der Nettogewinn	10 824	10 542	12 192
die Dividendensumme	9 076	7 001	7 882
der Prozentsatz der Dividende	19	13	15

Aus dieser Gegenüberstellung ist schon ersichtlich, daß die Senkung des Dividendenplatzes nicht zurückzuführen ist auf einen allgemeinen Gewinnrückgang. Im Gegenteil, die Summe der Steingewinne war für 1915 höher als für das Friedensjahr 1913. Mehrere Gesellschaften haben während des Krieges geradezu glänzende Erfolge gemacht, einige haben sich direkt finanziert. Folgende Tabelle gibt darüber einige Einzelheiten:

Gesellschaft	Grundkapital (in 1000 M.)	Nettogewinn ohne Vortrag (in 1000 M.)			Dividenden in Prozent			Dividenden Bonus usw. (in 1000 M.)		
		1913	1914	1915	1913	1914	1915	1913	1914	1915
C. Müller, Berlin-Weidensee	1,10	99	110	98	7	7	7	77	77	77
R. & C. Gummifabrik, Berlin-Friedrichsfeld	1,20	63	171	100	4	4	4	48	48	45
G. & J. Salomon, Berlin	3,50	318	406	422	7	7	8	245	245	230
Continental-Ges., Hannover	1,00	400	490	509	5	6	6	200	240	240
Continental-Ges., Berlin	15,00	8286	5818	6050	45	57	20	6750	4500	4500
Hannover-Gummiwerke	0,84	58	55	166	4	4	10	8,86	42	84
Hannover-Gummiwerke	3,00	661	1056	1356	18	22	24	540	660	720
Continental-Gummiwerke, Berlin	1,03	100	112	77	8*	8	6	86,4	86,4	64,8
Continental-G										

Einem Maß für Kriegsreserve. Andre Gesellschaften, die sich mit der Herstellung von technischen, chirurgischen Artikeln und mit Gegenständen des täglichen Gebrauchs beschäftigen, haben weniger gut abgeschnitten, z. B. die Köln. Gummiradfabrik, Delziger Gummiradfabrik und Julius Kumper. Aber immerhin ist der Dividendenrückgang auch bei ihnen nicht erheblich.

Fragen wir nach der weiteren Entwicklung der Gummiindustrie nach dem Kriege, so steht jetzt schon fest, dass das, was man im Kriege gelernt hat, auch beim Frieden vom Vorteil sein wird. Mancher aus Regierung hergestellte Artikel wird auch nach Friedensschluss nicht vom Markt verschwinden. Schon aus Rücksicht auf den Stand unserer Wirtschaft wird man versuchen, die Einführung hochwertiger Rohstoffe nach Möglichkeit zu verhindern. Aber auch die Rücksicht auf den Gewinn wird die Unternehmer veranlassen, die Verwendung teurer Rohstoffe auf das äußerste zu beschränken.

Im Übrigen ist über die Aussichten der Gummiindustrie für die Zeit nach dem Kriege noch wenig zu sagen. Zu viel hängt davon der Dauer und dem Ausgang des Krieges ab.

Fabrikküchen in Papierfabriken.

Fabrikküchen für verheiratete und Schläfe für ledige Arbeitergehüden schon vor dem Kriege zu den sozialistischen Wohlfahrtsrichtungen der Papierfabriken. Im allgemeinen wurden diese "Familienanstalten" von der Arbeiterschaft nicht allzu gern in Anspruch genommen, da sie in vielen Fällen dem Unternehmer hauptsächlich dazu dienten, die Arbeiter auch während ihrer Freizeit zu beobachten. Vor allem aber bohrten ihm die Verantwortungen und Verbindungen einen vorsätzlichen Überblick und eine ausgezeichnete Kontrolle über die geistige Kost der Arbeiter. Mancher Arbeiter musste unzweckmäßig seinen Arbeitsplatz räumen, weil er sich unterstanden hatte, an Stelle der vom Betriebsrat so wortem empfohlenen freien nationalen Zeitung eine sozialdemokratische Tageszeitung oder eine Verbandszeitung zu lesen. Während der Kriegszeit sind nun einige Unternehmer dazu übergegangen, ihre Arbeiter außer in Logos auch noch in Verpflegung zu übernehmen. Je nachdem diese beauftragt ist, kann sich der Unternehmer sogar machen Wohlfahrtsgegner zum "Freunde", machen, so die Arbeiter bei der jüngsten Lebensmittelknappheit jede Erleichterung in der Nahrungsmittelkasse begrüßen. Sowohl die Unternehmer bei der Verpflegung von Lebensmitteln von ungenügenden Motiven geleitet sind, kann man es durchsetzen, auch wenn man sonst kein Freund derartiger Einrichtungen ist.

Die Papierpapierfabrik in Pening läuft in ihrem Geschäftsjahr für 1916: "Der Verzögerung der Angestellten mit Lebensmitteln wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet, in allen Fällen erfolgte die Abgabe unter Gleichvergleich. Eine Kriegsstütze für die Arbeiter, die täglich etwa 250 Portionen Essen zu einem sehr niedrig gestellten Preis liefert, ist in der Zwischenzeit fertiggestellt worden."

Dem Beispiel der Papierpapierfabrik Pening ist auch die sächsische Wohlfahrtsgesellschaft Elster u. Pleißem in Kriebstein gefolgt. Hierüber schreibt der "Papier-Fabrikant" in seiner Nr. 47 vom 24. November 1916: "Fabrik-Weltstätte". Die Firma Ritter u. Pleißem in Kriebstein bei Waldheim hat an die verschiedenen wohlthätigen Einrichtungen zugunsten ihrer Arbeiterschaft ein weiteres Werk angeregt — eine Küche für Mittagessen. An ihr können teilnehmen: die männlichen Arbeiter und deren Frauen und Kinder, auch jenseit der Männer im Hause stehen, ferner die weiblichen Arbeiterrinnen (männliche Arbeiterrinnen gibt es unseres Wissens nicht). D. A.) und deren Kinder, sofern die Arbeiterrinnen Witwen sind, sowie Rentenempfänger (männliche und weibliche), die früher bei der Firma in Arbeit standen und keine bezahlte Arbeit mehr verrichten. Auch die Witwen und Kriegsverwundeten der früheren Arbeiter. Die Abgabe der Speisen erfolgt gegen Speisekarten. Das Essen wird mit 20 Pf. berechnet."

Wenn das Essen einigermaßen ist, darf man die Bereitstellung zu einem so billigen Preis als eine Erleichterung in der Ernährung der Arbeiterschaft begrüßen. Hervorzuheben kommt eine Arbeitersfrau ein Vater gewiebtes und halbwegs nachhaltiges Essen heute für 20 Pf. nicht.

Mehr Rücksicht auf weibliche und jugendliche Arbeitskräfte.

Eine bedeutsame Folge der vermehrten Heranziehung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte zur industriellen Arbeit ist die Steigerung der Unfallgefahren. Die Bedienung schnelllaufender Maschinen und gefährlicher Apparate birgt Gefahren in sich, denen die Arbeiterrinnen und Jugendlichen, besonders bei überlanger Arbeitszeit, geistig und körperlich nicht gewachsen sind. Ihnen fehlt die Routine zur Bedienung der Maschinen, die in vielen Fällen erst nach monatelangen und selbst jahrelanger Tätigkeit, angefangen bei den leichtesten Handgriffen bis hinauf zu den kompliziertesten Arbeitsberechtigungen, erworben werden kann. Ihnen fehlt oft auch die Erkenntnis der Gefahr, in der sie schwaben. Gerade diese Unkenntnis der Gefahr, dieses sorglose Darauslosarbeiten birgt die größten Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter in sich und führt zu den schwersten Unfällen, die nicht selten mit dem Tode des Verletzten enden.

Die beiden Berufsgenossenschaften der Papiererzeugungs- und Papierverarbeitungsindustrie meden für das Kriegsjahr 1915 eine prozentuale Steigerung der angemeldeten Unfälle gegenüber dem Friedensjahr 1913. In der Papiermacherberufsgenossenschaft verunglückten 1913 von 1000 versicherten Personen 56,88, dagegen 1915 59,07. Im selben Zeitraum erhöhten sich die Unfälle in der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft von 27,64 auf 31,16 pro tausend versicherte Personen. Für beide Berufsgenossenschaften zusammen beträgt die Steigerung der angemeldeten Unfälle 3,82 pro Tausend. Die Steigerung der Unfallziffern ist mit Wahrscheinlichkeit auf die erhöhte Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter, wie auch auf die Heranziehung älterer ungebildeter Arbeiter zur Maschinenarbeit zurückzuführen.

Wie berechtigt die Warnung der Gewerkschaften vor der zu leichten Handhabung der Arbeitsschutzgesetzgebung ist, geht auch daraus hervor, dass im Jahre 1915 in der Papierverarbeitungsindustrie außer 1428 männlichen Arbeitern noch 1601 Arbeiterrinnen und Jugendliche verunglückten. 29,1 Prozent oder fast ein Drittel aller Unfälle, die sich 1915 in der Papierverarbeitungsindustrie ereigneten, betrafen jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren, während 18,9 Prozent aller Unfallverletzten das 16. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten. Seit 1913 ist die Zahl der Unfallverletzten unter 16 Jahren um 4,5 Prozent und die Zahl der Verletzten unter 17 Jahren um 6,6 Prozent gestiegen. Tausende von jungen Menschen werden so jährlich ihres Lebens beraubt, viele gehen ihrer Lebensfreude verlustig. Da ist es eine Ehrenpflicht der organisierten Arbeiterschaft, immer wieder gegen die Beschäftigung von weiblichen und jugendlichen Personen an gefährlichen und schnelllaufenden Maschinen zu protestieren, immerfort zu verlangen, dass durch die Arbeitsschutzgesetzgebung Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft und besonders der Arbeiterrinnen und Jugendlichen ausreichend geschützt werden.

Richard Brückner †

Vom 5. Dezember ist der Gründer der deutschen Papierfabrikanten aus dem Leben geschieden. Mit ihm ist einer der stärksten Gegner der organisierten Arbeiterschaft dahingegangen. Obwohl rücksichtslos wie er für die Interessen seiner Klassegenossen eingetreten ist, hat er auch die Forderungen der organisierten Papierarbeiter vor dem Kriege belämpft. Selbst während der Friedenszeit, unter dem Schutz des "Burgfriedens", hat er es entschieden abgelehnt, über Arbeiterfragen mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Unter Missbrauch seines verabschiedeten Generalstolzlors-Dinges hat er seine Gelegenheit vorübergehen lassen, seine Wut gegen die Arbeiterschaft öffentlich zur Geltung zu bringen. Bekannt sind seine Erkläre an die Arbeiter seiner in Halbe a. d. S. gelegenen Papierfabrik, in denen er gegen die Arbeitersorganisationen Stellung nahm. Seine Wut gegen die Arbeiterschaften ging so weit, dass er selbst eine Waffe mit fünf Schüssen vor die Mündung stellte, entweder aus dem Gewehr oder aus der Faust auszufeuern.

Für die Zeit nach dem Kriege rechnete er mit harten, wirtschaftlichen Kämpfen. Auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Papierfabrikanten am 12. September 1916 im Hotel Esplanade in Berlin sprach er u. a. folgendes aus: "Mein Herrn! Die Zeit, in der wir heute leben, ist schöner, aber schwieriger noch werden uns bevorstehen, wenn das blutige Blutigen erst sein Ende gefunden haben wird und daheim die jüdische Macht wieder eindringen wird innerpolitisch und vorstaatlichen Gebieten ausgetragen werden." Diese Worte lingen fast wie eine Kampfansage. Und sie waren wohl auch als eine solche gemeint. Es gibt ja so viele Unternehmer, denen der wirtschaftliche Burgfrieden nicht passt, die sich sohnern nach der Zeit, wo sie wieder ohne Rücksicht ihren Herrsch- und Machtgelassen Raum lassen können.

Nun ist es jeden großen Handel der Industrie nachgefolgt, die ebenfalls plaudern die Verschärfung der Arbeiterorganisationen zu erleben. Wohl sind die freien Gewerkschaften durch den Krieg in ihrer Mitgliedszahl geschwächt worden, doch sind sie finanziell gerüstet und bereit, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Angehörigen während der Kriegs- und in der kommenden Friedenszeit wärmstig zu vertreten.

Die Worte des verstorbenen Vaters unseres Unternehmersorganisation werden über den Arbeitern der Papierindustrie eine Mahnung sein, eilestig für die Auflösung der aus noch gleichmäßig gegenüberstehenden Arbeitkollegen und Arbeitkolleginnen zu sorgen.

Cariskündigung in der schwedischen Papierindustrie.

Die I. K. meldet aus Stockholm: Der Verband der ungelehrten Fabrikarbeiter (Großarbeiterverband) Schwedens hat den Reichsvertrag für die Papierindustrie geündigt, um eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Rund 12 000 Arbeiter sind an der Bewegung beteiligt.

Kalkwerke als Heilstätten für Lungenkrankte?

Zu den in Nr. 48 des "Proletariers" besprochenen Ausführungen des Diplomingenieurs G. Hall in Nr. 125 der "Tonindustriezeitung", die dem Nachweis gewidmet waren, dass Kalkstaub heilsam für die Lungen sei und Lungenkrankte eigentlich nicht besser tun könnten, als in einem Kalkwerk Arbeit zu nehmen, wird uns geschrieben: Zu den Ausführungen des Herrn Hall wird wohl jeder Kalkwerksarbeiter den Kopf geschräkt haben. Es sind allerdings schon 18—20 Jahre her, dass ich längst in einem Kalkwerk gearbeitet habe, und es mögen seit dieser Zeit eine Reihe technischer Verbesserungen angebracht sein, aber derartig sind diese Verbesserungen nicht, dass sie den damals so gefürchteten Kalkstaub in ein Heilmittel verwandelt haben. Kein Kalkwerksarbeiter ist bestrebt, dort zu arbeiten, wo recht viel Staub ist. Und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil der Kalkstaub Entzündungen und Reizungen in den Atmungsorganen herbeiführt. In erster Linie wird die Nase und dann auch die Luftröhre in Mitleidenschaft gezogen. Und dabei soll der Kalkstaub heilsam für die Lungen sein? Das glaube wer will! Erst sollen diese Herren die Arbeit gemacht haben, aber nicht nur Stunden und Tage, sondern Monate und Jahre, und dann sollen sie urteilen! Selbst wenn Professor Sommerfeld der Ansicht sein sollte, dass Kalkstaub heilsam für die Lungen ist, so ist damit noch nicht bewiesen, dass die Arbeit im Kalkwerk für Lungenkrankte von Vorteil sei. Es kommt doch immer auf die Anwendung der Heilmittel an. Ich bin der Ansicht, die Arbeit im Kalkwerk ist nicht förderlich, sondern höchst schädlich für Lungenkrankte. Es handelt sich bei den einzutretenden Staubaufschlägen doch um ungelöschenen Kalk, der durch Beirührung mit den Schleimhäuten gelöst wird und deshalb die Entzündungen verstärkt. Ratenblut ist das erste Anzeichen davon. Dann aber sitzen wir auch an Kopfschmerzen, die durch das viele Nasen hervorgerufen werden. Denn der Kalkstaub wirkt in dieser Beziehung viel schlimmer als der berühmte "Sämanner".

Ich war in einem Kalkwerk beschäftigt, wo der Kalk sowohl im Ringofen als auch im deutschen Ofen gebrannt wurde. Aber zu der Arbeit des Kalkausfahrens und -transportes drängte sich niemand. Im Gegenteil, jeder drückte sich von dieser Arbeit so gut er konnte. Bei Kolonnen am deutschen Ofen konnte man sich nicht von dem Kalkstaub drücken, weil ja die Ofen gefüllt und dann gebrannt werden. Ist der Ofen ausgebrannt, muss er entleert werden. Deshalb musste man in der Kolonne jede Art Arbeit mitmachen. Anders war es am Ringofen. Hier saß die Kolonne ein und die andre Kolonne saß oder trug aus. Aber seit waren die alten Arbeiter bei den Einsätzen zu finden, obwohl diese Arbeit schwerer ist. Die neu anfangenden Arbeiter hatten immer das Aufsehen zu erleben, weil wir älteren Arbeiter wegen des Kalkstaubs uns davon drücken. Das hatte natürlich zur Folge, dass auch diese Arbeiter sehr schnell wieder den Betrieb verließen und deshalb bei den Ausfahrrn ein anderer Wechsel war. Und das alles nur wegen des Kalkstaubs und der dadurch hervorgerufenen Belästigungen. So wie der Kalkstaub in der Natur und der Luftröhre wirkt, so wirkt er doch auch in der Lunge. Die feinsten Staubaufschläge dringen doch bei jedem Staub bis zur Lunge vor, wie es bei den Steinarbeitern oder Kohlenbergarbeitern ist, wo die Lunge durch diese Staubaufschläge sehr angegriffen wird.

Auch bei den Kalkwerksarbeitern ist der Staub schädlich, weil, wie schon geagt, es sich um ungelöschenen Kalk handelt und die Gräse davon beschädigt wird. Damit handelt es sich bei der gesamten Arbeit im Kalkwerk um schwere körperliche Arbeit, und diese ist bekanntlich nicht für Lungenkrankte geeignet. Ich bin der Ansicht, dass die Ausführungen des Herrn Hall nicht zutreffen, und glaube, dass die noch heute in Kalkwerken beschäftigten Kollegen mit zustimmen werden. Hoffen Sie kommen diese Kollegen der Aussforderung im "Proletarier" noch und sagen ebenfalls Ihre Meinung zu dieser für sie sehr wichtigen Frage. D. A.

Ein neues Sprengstoffunternehmen.

Unter dem Namen "Espagni-Uttengesellschaft, vorl. Eiseler Sprengstoffwerke" ist kürzlich eine neue Aktiengesellschaft gegründet worden. Die Werke dieser Gesellschaft liegen in der Eifel. Sie wurden erst während des Krieges errichtet und vor einigen Monaten in Betrieb genommen. Das Fabrikgebäude ist etwa 700 preußische Morgen groß. Es werden hergestellt: Dynamit, handhabungssichere Sprengstoffe, Kaliumnitrat, Ammoniumnitrat und ähnliche Körper, Preßkörper aus Bitum und Minationskörper. Alles durchweg Munition für den Krieg. Zur Zeit werden schon 1500 Arbeiter beschäftigt; diese Zahl soll bald erhöht werden. Es handelt sich also um ein vorzügliches Unternehmen.

Das Aktienkapital beträgt 8% Millionen Mark. In dem die Eröffnungsbilanz begleitenden Bericht wird betont, dass das Unternehmen so weit in das Jahr 1917 hinein mit Ausfuhr reichlich verfügen wird. Weiter heißt es, dass in den Monaten des laufenden Jahres, in denen die Erzeugung aufgenommen war, bereits eine erhebliche Produktion erzielt wurde. Dieser werde weiter erheblich steigen, sobald die im Bau begriffene Normalproduktion fertiggestellt sei. Es wird dann verfügt, dass aus einer Dividende gerechnet werden könnte, die der in anderen Unternehmen der Sprengstoffindustrie gegeben entspreche. Da die Gesellschaften dieser Industrie sehr hohe Gewinne erzielen, liegt darin eine für die Aktiengesellschaft erfreuliche Wirkung.

Sofern die Aktiengesellschaft in dem Bericht nichts gesagt. Da in der Eifel die Löhne durchweg sehr niedrig sind, muss man befürchten, dass das Unternehmen gerade wegen dieser niedrigen Löhne dort errichtet wurde.

Hoffen aber wollen wir, dass die Arbeiterschaft dieses neuen Betriebes recht bald den Weg in den Gewand findet und dann auf angemessene Arbeitsbedingungen bringt.

Die Vereinigten Glanzstofffabriken

In Elbersfeld wollen ihr Aktienkapital von 7½ auf 15 Millionen Mark erhöhen. Die Gesellschaft hat als ihren Hauptproduktionszweig die Herstellung von Kunsteiside ausgebaut und zu ihren eigenen Patenten nach einigen Jahren die sogenannte Bischofpatente einer in Gemeinschaft mit dem französischen Generaldirektor von Dommermarkt gegründeten Gesellschaft erworben. Aus dieser gemeinschaftlichen Gewinnverteilung sind der Gesellschaft schon in Friedenszeiten sehr beträchtliche Gewinne zugeslossen, so dass Dividenden bis zu 40 Prozent ausgeschüttet werden konnten. Abgesehen davon wurden sowohl im Jahre 1909 als auch im Jahre 1913 Kapitalerhöhungen um je 2 500 000 Mk. vorgenommen, bei denen ein Teil der angekauften Aktien an die Aktionäre zur Auszahlung gelangte. Bei der ersten Kapitalerhöhung wurden die jungen Aktien zum Paritätsplus plus 2 Prozent Stempel den Aktionären angeboten, bei der zweiten wurde die Einzahlung auf die gleichfalls zum Paritätspreis ausgeschriebenen Aktien aus der Sandstruktur geleistet, das heißt die Aktionäre erhielten Gratisschläge.

Während des Krieges konnte die Gesellschaft heimliche Gewinnverhältnisse offenbar bei dem Mangel an Rohstoffen für die Herstellung natürlicher Seide ihren Absatz erweitern, zumal da es gelang, die Beschaffenheit der Kunstseide immer mehr der der natürlichen Fabrikate anzunähern. Für 1915 gelangte eine Dividende von 30 Prozent zur Auszahlung. Die jetzt vorgeschlagene Verdopplung des Aktienkapitals scheint im wesentlichen, wie bereits die folgenden Berichte zeigen, zu zwecke zu verfolgen. Die sprunghafte Steigerung der Aktienkurse in der letzten Zeit rechtfertigt den Schluss, dass die neuen Aktien bei den Aktionären wieder zu einem sehr niedrigen Kurs angeboten werden sollen.

Wassereinbruch in einem Kaliwerk.

Das Kaliwerk Südböhmen ist durch Wassereinbruch schwer geschädigt, wenn nicht ganz zerstört worden. Schon seit zwei Jahren hegt man ernsthafte Besorgnisse, da immer deutlicher Anzeichen auftraten, dass der in der Nähe gelegene See in das Werk einbrechen könnte. Man wollte nun wenigstens den Schacht selbst retten, indem man die geschädigten Stützweisen preisgab und die Schachtröhre durch einen Betonabschluss sicherte. In der Nacht zum 9. Dezember aber erfolgte ein ungünstiger Zusammenbruch. Durch die Erdstöße wurde die ganze Gegend alarmiert. Der Schacht verlor nicht länger standzuhalten. Mit gewaltigen Erderschütterungen und mehrfachen Detonationen, die sich in der Umgebung, besonders in dem benachbarten Dorf Probst-Zesar bemerkbar machten, ist das Grundwasser in den Schacht eingebrochen. Die Bergwerks- und Fabrikgebäude sind unbeschädigt geblieben, so dass die chemische Fabrik ihren Betrieb unter Verarbeitung von Salzen aus dem Bergwerk Courov bei Massiv fortführen kann.

Die Zuckerfabrik Frankenthal

Schließt das Geschäftsjahr 1915/16 anscheinend nicht ganz so günstig ab wie das vorhergehende. Ancheinend, denn genaueres lässt sich darüber bei der eigenartigen Bilanzierungspraxis dieses Unternehmens nicht sagen. Von der als Fabrikationsüberschuss angegebenen Summe sind nämlich die Rückstellungen und — die Kosten im vorweg abgezogen. Das ist zwar sehr vorsichtig, weil so niemand kontrollieren kann, welche Summen die Aktionärsmitglieder für ihre mühselige Arbeit bekommen, aber zur Klärung der Bilanz trägt ein solches Verfahren entschieden nicht bei. Immerhin darf man auf eine tatsächliche Verminderung des Ueberbrusses schließen, weil man sonst wohl nicht zu einer Herabsetzung der Aktienreinlagen von 1 281 466 Mk. auf 749 516 Mk. gekommen wäre. Der Eingewonn in den beträgt 3 110 788 Mk. gegen 3 764 040 Mk. im Vorjahr. Das ist bei einem Aktienkapital von 8,4 Millionen Mark ein recht erhebliches Minus. Die nachstehende Tabelle zeigt das Ergebnis im Vergleich mit den Abschlüssen der vier Vorjahre.

30. September	1911/12	1912/13	1913/14	1914/15	1915/16
Aktienkapital	8,40 Mill.	8,40 Mill.	8,40 Mill.	8,40 Mill.	8,40 Mill.
Betrag	439 532	623 249	262 271	204 419	373 490
Fabrikationsgewinn	3 078 981	2 916 504	1 926 366	3 117 545	3 064 281
Landwirtschaft	4 416	6 405	4 518	11 669	13 451
Mieten, Pachten	26 220	32 863	36 304	34 823	33 056
Bruttogewinn	3 518 249	3 579 023	2 652 123	2 19 956	4 253 794
Abhördienst	600 000	491 751	422 674	281 466	749 516
Reingewinn	2 508 617</td				

Secretariate der Zentralverbände 129, das Jahr 1915 schließt mit 181 ab, darunter befinden sich 12 Secretariate des Bergarbeiterverbandes.

Der Kriegsausbruch hat jedoch auf die Tätigkeit der Secretariate durch Einberufung von Secretären, den damit verbundenen häufigen Wechsel der leitenden Kräfte und die Unterbrechung des Geschäftsganges ungünstig eingewirkt. In der Statistik für 1915 kommt die ungünstige Wirkung dadurch zum Ausdruck, daß an dieser von 181 Secretariate nur 119 durch Einsendung von Berichten beteiligt sind, die in einigen Fällen auch an unvollständigen Angaben leiden.

Von den an der Statistik beteiligten Secretariate werden in der Haupthälfte 64 aus Mitteln der Kartellstufen, 29 durch Beiträge der beteiligten Organisationen und 12 durch direkte Beitragseistung der beteiligten Mitglieder unterhalten. Neben diesen Hauptentnahmen erhalten noch regelmäßige Zuschriften von der Generalkommission 34, von Parteiorganisationen 29 und von Arbeitserunternehmungen 6 Secretariate. Beihilfen aus Gemeindemitgliedern erhielten vier Secretariate. Es werden vom Bergarbeiterverband und zwei Secretariate von der Generalkommission unterhalten. Die Gesamtteilnahme der berichtenden Secretariate beträgt 588 828 M., der eine Gesamtausgabe von 608 995 M. gegenübersteht. Die Mehrausgabe von 22 567 M. wurde aus den Ressortverbänden gesetzt, sowie Secretariate eine eigene, vom Kartell unabhängige Ressortführung haben. Die Zuschriften der Generalkommission belaufen sich auf 53 069 M. und die von Parteiorganisationen auf 10 077 M.

Die 119 berichtenden Secretariate wurden von insgesamt 595 948 Personen in Auftrag genommen. Venerablenwert ist die gegen das Vorjahr stark gestiegerte Zahl der weiblichen Auskunftsabschlägen. Unter 610 694 Arbeitern, die 1914 die Secretariate in Auftrag nahmen, befanden sich 143 845 Frauen gleich 23,6 Prozent, während 1915 ihre Zahl 223 077 gleich 41,6 Prozent betrug. Diese Steigerung der Frauenziffer der Frauen steht natürlich in Verbindung mit dem Kriegsausbruch. Bislang haben Frauen in Kriegsfürsorge die Secretariate aufgeweckt und auch die in erheblicher Umfang erfolgte Heranziehung der Frauen zur beruflichen Tätigkeit wird mit zur stärkeren Anspruchnahme der Secretariate durch weibliche Personen geführt haben.

Die Gesamtzahl der Auskünfte betrug 588 967, sie stieg gegen das Vorjahr um 86 892 zurück. Den größten Teil der Auskünfte, 140 151 betragen Fragen des bürgerlichen Rechts. Es folgt dann das Gebiet der Gemeinde- und Staatsangelegenheiten mit 137 876 Auskünften. Hier ist im Gegensatz zu allen andern Gebieten eine Steigerung der Zahl der Auskünfte, und zwar um 20 438 eingetreten. Es steht die Erhöhung im Zusammenhang mit der Kriegsfürsorge, an der die Gemeinden hervorragend beteiligt sind. Sicher ist, daß von einem erheblichen Teil Secretariate Auskünfte über Familiunterstützungssachen von Kriegsteilnehmern unter diesem Titel oder unter "Militärdezenz" registriert wurden. Nur 79 Secretariate machten gesonderte Angaben über Familiunterstützungssachen. Diese Secretariate verzeichneten zusammen 51 218 solcher Auskünfte.

Schriftsätze wurden insgesamt 167 790 gegen 180 361 im Vorjahr angezeigt.

Über periodische Berichtigungen von Rechtsfällen vor Amtsgerichten und Verwaltungsbehörden machen von den 119 berichtenden Secretariaten 94 Angaben. Gerade an diesem Gebiet hat sich der Mengel an damit vertrauten Fällen recht frühzeitig gemacht. Die Zahl der im Jahre 1915 ausgetragenen Berichtigungen steht denn auch mit 4616 weit hinter der des Vorjahrs, das 6178 Berichtigungen aufweist, zurück. Von den im Jahre 1915 aufgekommenen Berichtigungen wurden 336 vor Verwaltungs-, 2215 vor Oberverwaltungs- und 295 vor Landesverwaltungsbehörden ausgeübt. Es finden ferner vor den Gewerbe- und Finanzgerichten 733, vor Amtsgerichten 625 und vor Verwaltungsbehörden und -gerichten 310 Berichtigungen statt.

Neben den Secretariateen kommen dann noch als Rechtsberichtigungsanstalten der Zentralverbände die Auskunftsstellen der Gewerkschaftsstellen in Betracht. Gleich wie die Secretariate selbst, so werden auch die Auskunftsstellen durch den Kriegsausbruch stark in Wissensbereich gegeben. Es liegen Berichte zur Jahreszeit 1915 nur von 145 Auskunftsstellen vor. Ihre Zahl wird sicherlich größer sein. Mengelhaft Aufrichtungen der Gewerkschaftsstellen, bedingt durch häufigen Wechsel der Vertreter, was in vielen Fällen die Richteränderung eines Bezirks verschuldet haben. Nur 121 Auskunftsstellen machen Angaben über Auskunftsabteilung.

Die Rechtsberichtigungsanstalten der Zentralverbände haben im zweiten Platz nach dem Secretariate zum Vortheile der Arbeiterchaft gewonnen. Auch im Jahre 1916 war es möglich, die bisher täglichen Arbeitsberichtigungen aufrechtzuhalten. Dachten wir, daß auch bei der weiteren Fortdauer des Krieges die Bekleidung nicht erfüllt wird und später, wenn es der mit Erfolg erzielte Frieden den Volken wiedergegeben ist, die Rechtsberichtigungsanstalten der Zentralverbände zu neuer, beständiger Entwicklung kommen werden.

Unser Verband nach 28 Kriegsmonaten.

Für den Monat November, den 28. Monat des Weltkrieges, haben von 465 noch vorhandenen Zahlstellen 407 rechtzeitig an den Vorstand berichtet. In diesen berichtenden Zahlstellen waren bei Kriegsausbruch 196 840 Mitglieder vorhanden. Der Gesamtmitgliederbestand betrug damals etwas über 207 000, so daß mit täglich 10 000 Flüchtlingen auf die Zahlstellen entfallen, die nicht berichtet haben, d. h. die Berichterstattung erfreut sich für den November auf etwa 95 vom Hundert aller Mitglieder.

Die verhältnismäßig günstige Entwicklung des Mitgliederbestandes, über die wir in den letzten Monaten berichten konnten, hat auch im November angehalten. Die Zahl der Neuzulassungen war höher als in irgend einem vor dieser Erhebung erzielten Vormonat. Folgende Zusammenfassung zeigt das.

Es treten ein:

	maennliche	weibliche	zusammen
im Monat Mai	575	419	994
" " Juni	761	475	1236
" " Juli	724	392	1116
" " August	682	634	1316
" " September	777	762	1539
" " October	565	890	1455
" " November	624	981	1615
Summe bis November	5701	455	9256

Um die Stelle des Jahres wurden noch erheblich mehr männliche als weibliche Mitglieder aufgenommen. August und September brachten für beide Geschlechter fast gleiche Zahlen, die beiden letzten Monate aber zeigen ein starkes Überwiegen der weiblichen Neuzulassungen.

So diesen Zahlen spiegelt sich einmal die veränderte Heranziehung der weiblichen Arbeiterkräfte, dann aber auch die Entwicklung des Arbeitsmarktes durch die fortwährende Erhöhung wirtschaftlicher Arbeitskräfte zum Kriegsdienst. Zuletzt dürfen wir aber auch wenigstens zu einem Teil den verdeckten Zustrom weiblicher Mitglieder zurückführen auf verstärkte Arbeitsaufgabe in den Industrien. Die Tatsache, daß wir die Arbeitnehmer für die Organisationsarbeiten gewinnen müssen, wenn wir nicht die Erfolge unserer Arbeit auf's Spiel setzen wollen, wird immer sehr Gelegenheit unserer tätigen Mitglieder. Außerdem kommt es auch die Arbeitnehmer immer mehr zu der Überzeugung, daß sie sich zunehmend besser wünschen, wenn sie ihre Rechte wahren wollen. Schließlich geht der starke Anstrom weiblicher Mitglieder in einen erstaunlichen Gegenzug zu dem bedeutenden Abzug im ersten Kriegsjahr.

Aus dem Verbande a. u. g. e. s. i. e. d. e. n. sind im November 488 männliche und 402 weibliche, zusammen 890 Mitglieder, das sind mehr als im Oktober, aber weniger als im September. Besonderswert ist, daß in den beiden letzten Monaten nicht nur mehr weibliche als männliche Mitglieder dem Verbande beitreten, sondern auch weniger weibliche ausgeschieden sind. Wir lassen nun mehr die Zusammenstellung über die Gestaltung und Veränderung des Mitgliederbestandes in den berichtenden Zahlstellen folgen:

	maennliche	weibliche	zusammen
Mitglieder am 1. August 1914	172 018	24 822	196 840
am 30. November 1916	57 858	20 461	78 319
Am 30. November 1916 weniger	114 160	4 361	118 521
Zum Heeresdienst eingezogen	97 388	—	97 388
Bleibt als Verlust	16 822	4 361	21 183

Der tatsächliche Verlust ist trotz weiterer erheblicher Eingriffe zum Kriegsdienst um 482 geringer als am Ende des Vormonats. Einzelvergleiche der abso. u. t. Zahlstellen sind leider nicht angängig, weil immer genau dieselben Zahlstellen an der Erhebung beteiligt sind. Es fallen jeden Monat einige aus und es kommen andre dazu, so daß die Monatsergebnisse immer nur in den Verhältniszahlen vergleichbar sind. Diese zeigen aber eine erfreuliche Entwicklung. Das zeigt auch die folgende Zusammenstellung von Stichproben über die Verluste, getrennt nach dem Geschlecht.

Auf je 100 bei Kriegsausbruch vorhandene Mitglieder waren mehr ausgeschieden als neu eingetreten:

	maennl. monat.	weibl. monat.						
29. 8. 1914	7,3	10,1	11,4	11,4	11,5	10,9	10,9	9,6
30. 9. 1916	14,7	22,1	24,5	27,6	26,0	24,0	25,4	20,4
30. 10. 1916	8,2	11,6	13,0	13,7	13,4	12,6	12,7	11,0
31. 11. 1916	8,2	11,6	13,0	13,7	13,4	12,6	12,7	11,0
31. 12. 1916	8,2	11,6	13,0	13,7	13,4	12,6	12,7	11,0

Die unverkennbare Besserung dauert an. Besonders stark ist sie bei den weiblichen Mitgliedern. Wenn uns die nächsten Monate keinen Rückstag bringen, ist die Zeit nicht mehr fern, wo die Zahl der weiblichen Mitglieder den Stand vor dem Kriege wieder erreicht hat. In einigen größeren Zahlstellen sind heute schon erheblich mehr weibliche Mitglieder vorhanden als früher. So z. B. in Köln, das Ende November mehr als 400 weibliche Mitglieder hatte gegen etwa 100 bei Kriegsausbruch.

Der Arbeitsmarkt ist andauernd so günstig wie nie in Friedenszeiten. Es wurden deshalb auch im ganzen Monat nur 2821 M. als Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Daneben allerdings 39 023 M. als Krankenunterstützung.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die wir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erstattet hätten, zusammengefaßt. Es sind also nicht ermittelte, sondern errechnete Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingesandt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Berichtstag	Arbeitslos		Zum Kriegsdienst eingezogen	
	insgesamt	von je 100 Mitgliedern	insgesamt	von je 100 männl. Mitgliedern
8. August	17 663	8,5	34 388	19,2
5. September	23 788	11,5	44 429	24,6
3. Oktober	17 329	8,3	48 875	26,4
7. November	9 233	6,3	51 561	28,4
5. Dezember	6 966	5,0	54 423	30,0
2. Januar	6 580	4,8	57 170	31,4
6. Februar	5 340	4,1	60 089	33,2
3. März	3 450	2,7	65 045	35,7
1. April	2 310	2,0	68 453	37,7
5. Mai	1 321	1,2	71 883	39,4
2. Juni	990	0,9	75 692	41,9
7. Juli	919	0,9	78 584	43,5
7. August	802	0,8	81 257	45,0
4. September	828	0,8	83 412	45,8
2. Oktober	692	0,7	85 878	47,6
6. November	632	0,7	88 579	48,9
4. Dezember	528	0,8	90 597	49,9
1. Jan. 1916	1 083	1,2	92 197	50,7
5. Febr.	9	1,1	92 619	50,9
4. März	993	1,1	93 841	51,6
1. April	833	1,1	93 622	51,6
31. Mai	713	0,9	94 428	52,1
30. Juni	684	0,8	96 056	53,0
30. Juli	610	0,8	97 121	53,4
31. August	529	0,7	97 516	53,6
31. September	423	0,5	98 875	54,1
30. October	384	0,5	100 859	55,3
31. Novbr.	239	0,5	101 689	56,0
31. Decbr.	314	0,5	102 886	56,5

Von den zum Kriegsdienst eingezogenen Mitgliedern sind bis Ende November in den berichtenden Zahlstellen 4369 als entlassen oder beraubt zurückgemeldet. Letztere sind jedoch weit mehr entlassen. Es haben jedoch nicht alle den Weg zum Verbande zurückgefahren. Es seien deshalb auch bei dieser Gelegenheit alle Mitglieder und besonders alle Funktionäre dringend ermahnt, die aus dem Kriegsdienst Entlassenen oder Beraubten an ihre Pflicht zu erinnern. Das kann gelingen durch eine schriftliche Ermahnung, noch besser aber durch eine persönliche Rücksprache. Jedenfalls muss überall alles doran gelegt werden, die zurückkehrenden Kollegen sofort wieder dem Verbande zuzuführen.

Eingegangene Schriften.

„Der Mensch vor 100 000 Jahren“ ist Gegenstand eines reich illustrierten Werkes, das der bekannte Urzeitforscher Dr. O. H. von Koenigswarter bei A. Seemann in Leipzig er